

**Stadtverordnetenversammlung
Stadt Cottbus / město Chósebuz**



Antrag

Antrags-Nr.: AT-038/23

öffentlich nichtöffentlich

Antragsteller: Fraktion AfD & CDU Cottbus

Antragsdatum: 25. Oktober 2023

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen		<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss	18.10.2023
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten		<input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung	25.10.2023
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten		<input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf	
<input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile	
		<input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	

Antragsgegenstand:

Antrag zum Beschluss vom 28.04.2021 (A-06-18/21)

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zum Beschluss A-06-18/21. Punkt 2 des vorgenannten Beschlusses wird so geändert, dass sich die Stadt Cottbus auch künftig zur Aufnahme von Geflüchteten im gesetzlichen Rahmen verpflichtet und an geltendes Recht gebunden bleibt.“

Begründung:

Die Kommunen, die für die Unterkunft und soziale Betreuung von Flüchtlingen per Gesetz zuständig sind, stoßen an ihre Grenzen.

Bezahlbarer Wohnraum wird knapp, die Kapazitäten in KITAS und Schulen sind ausgeschöpft, es gibt keinen Spielraum mehr, um eine ordentliche Betreuung und Beschulung aller Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. Die ärztliche Versorgung steht ebenfalls auf der Kippe. Die finanziellen Belastungen der Kommunen sind für die Bürger mehr und mehr spürbar (Stichwort Investitionsstau).

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Cottbus ist gefährdet, es muss deshalb eine Begrenzung der Zuwanderung geben.

Unterschrift Antragsteller/in

CDU Fraktion

Beschlussniederschrift

- Gremium: HA StVV
 einstimmig mit Stimmenmehrheit
 laut Beschlussvorschlag
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:
 Anzahl der **Ja**-Stimmen:
 Anzahl der **Nein**-Stimmen:
 Anzahl der **Stimmenthaltungen**: